

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A101 "Weltbeste politische Bildung: Für die lernende Demokratie"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 19 bis 20 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
1	Ersetzung Über die Teilnahmekompetenz hinaus muss	Dazu muss	Übernommen
Zeile 21 bis 22 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
2	Ersetzung von "Dazu gehören das Handwerk" ... bis "demokratisches Methodenwissen."	Dazu gehören das Handwerk der Führung und Moderation von Teilhabeprozessen und demokratisches Methodenwissen.	Übernommen
Zeile 23 bis 23 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
3	Ersetzung "Exzellenz-Initiative Politische Bildung"	"Bundeswettbewerb Politische Bildung"	Übernommen
Zeile 25 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
4	Füge ein nach Verbreitung ermutigt.	Eine solche Initiative sollte federführend bei der Bundeszentrale für politische Bildung angesiedelt und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend umgesetzt werden.	Übernommen
Zeile 32 bis 34 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
5	Ersetzung von "Jede Schule soll ein dezentral" ... bis "Lebenswelt machen können."	Schulen sollen Eigenverantwortung bei Organisation, Personal und Budget erhalten. Sie sollen so vor Ort individuell an ihre Schülerschaft, den Kindern und Teenagern, jene kritische Urteilsfähigkeit, mit der sie einen Unterschied für ihre Lebenswelt machen können, lehren.	Übernommen in geänderter Form: "[...] können, lehren, auch über die Mitverantwortung im Schulalltag. (V2/A101/2)
Zeile 32 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
6	Füge ein nach die Schule	und die Schulaufsicht/-verwaltung	Übernommen
Zeile 36 bis 38 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
7	Ersetzung von "der Stundenumfang mit" ... bis "anspruchsvollen Zielen entsprechen. "	sichergestellt werden, dass der Politikunterricht im Rahmen einer mindestens hundertprozentigen Unterrichtsabdeckung auch tatsächlich stattfindet und nicht durch mangelnde Lehrerversorgung und Stundenabdeckung häufig ausfällt. Darüber hinaus muss politische Bildung im Sinne von „Demokratieerziehung“ und „Demokratievermittlung“ verstärkt fester Bestandteil der Bildungsstandards und Lehrpläne werden und sich als interdisziplinärer Ansatz durch den gesamten Fächerkanon ziehen. Durch kluge Förderprogramme und die Würdigung im Rahmen des „Bundeswettbewerbs Politische Bildung“ können Anreize geschaffen werden, dass eigenständige Schulen sich damit vermehrt im Unterricht (bspw. im Rahmen von Projekttagen/-wochen) aber auch in den außerunterrichtlichen Aktivitäten in Kooperation mit Verbänden, Vereinen und Stiftungen und politischen Institutionen vor Ort beschäftigen. In regelmäßig, verpflichtend wahrzunehmenden, berufsbegleitenden Fortbildungen für Lehrkräfte sollte auch diese interdisziplinäre Aufgabe der politischen Bildung verankert sein.	Übernommen
Zeile 39 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
8	Füge ein nach beginnt in	Berufsschulen und	Übernommen
Zeile 52 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
9	Füge ein nach Rassismus	, Antisemitismus	Übernommen

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018
Antrag Nr. A105 "Beste Lehrer für weltbeste Bildung"
 Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 3 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
1	Füge ein nach fachlich	und pädagogisch	zur Übernahme empfohlen

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A108 "Flüchtlinge im Universitätsleben besser integrieren"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 1 bis 1 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Nicola Beer) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
1	Ersetzung Universitätsleben	Hochschulen	Übernommen
Zeile 2 bis 2 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Nicola Beer) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
2	Ersetzung Universitätsleben	Hochschulen	Übernommen
Zeile 14 bis 15 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Nicola Beer) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
3	Ersetzung von "Auch Flüchtlinge ohne" ... bis "können ein Land betreten."	Auch Flüchtlinge ohne oder mit limitierten Sprachkenntnissen können wichtiger Wissenschaftsnachwuchs sein.	Übernommen
Zeile 15 bis 16 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Nicola Beer) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
4	Ersetzung von "Um dem nachzugehen, sollen" ... bis "Sprachkurse angeboten werden."	Um dem abzuhelpfen sollen akademische Sprachkurse angeboten werden.	Übernommen
Zeile 19 bis 20 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Nicola Beer) und Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg)			
5	Ersetzung von "Auch das Studium muss" ... bis "angeboten werden, sodass"	Auch während des Studiums müssen die Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen ausgebaut werden. Sodass	Übernommen

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A210 "10-Punkte-Plan Mobilität"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 2 - Antragsteller: Michael Theurer (LV Baden-Württemberg) für den Landesverband Baden-Württemberg			
1	Füge ein nach nach Einschränkungen	und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit	Übernommen
Zeile 3 bis 3 - Antragsteller: Michael Theurer (LV Baden-Württemberg) für den Landesverband Baden-Württemberg			
2	Ersetzung erlaubt	ermöglicht	Übernommen
Zeile 74 bis 76 - Antragsteller: Michael Theurer (LV Baden-Württemberg) für den Landesverband Baden-Württemberg			
3	Ersetzung von " Deshalb lehnen wir Pläne" ... bis "Einhaltung von Grenzwerten ab." "	In diesem Zusammenhang lehnen wir Forderungen nach Steuerfinanzierung von Abwrackprämien, Hardware-Nachrüstungen und technischen Nachrüstungen ab.	Übernommen

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A301 "Organspenden erleichtern – Widerspruchslösung einführen"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 1 bis 32 - Antragsteller: Jan Marcus Rossa (LV Schleswig-Holstein) und Christopher Vogt (LV Schleswig-Holstein)			
1	Ersetzung von "Die Bundestagsfraktion" ... bis "2020 vorgesehen werden."	<p>Die Freien Demokraten werden sich auf Bundesebene für eine Änderung des Transplantationsgesetzes und in den Ländern für eine Änderung landesgesetzlicher Regelungen einsetzen, um die Meldebehörden und Bürgerämter zu verpflichten, volljährige Personen insbesondere bei der Beantragung von Ausweisen gem. § 2 Abs. 1 Transplantationsgesetz zu unterrichten und gleichzeitig abzufragen, ob der Antragsteller eine Erklärung zur Organ- und Gewebespende abgeben will.</p> <p>Darüberhinaus ist die Aufklärung der Bevölkerung über die Organspende zu verstärken, um die Bereitschaft, in eine Organ- oder Gewebespende einzuwilligen, nachhaltig zu erhöhen. Hierfür sind geeignete Informationskampagnen durch Medien, Schulen, Apotheken, Arztpraxen, Krankenhäuser und Krankenkassen sowie durch gezielte Information und Anfragen durch Meldebehörden und Bürgerämter zu fördern.</p> <p>Das in § 2 Abs. 3 des Transplantationsgesetzes bereits vorgesehene elektronische Organ- und Gewebespenderegister ist einzurichten.</p>	Abstimmung mit Beratung

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A315 "Freiheit in Sicherheit für unsere Bürger – die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste stärken"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 21 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
1	Füge ein nach treu bleiben.	Die Zusammenarbeit mit Staaten, bei denen der Verdacht besteht, dass sie (aktiv oder passiv) Völkerrecht brechen oder in Europa gegen geltendes Recht verstoßen, lehnen wir daher grundsätzlich ab. Wirtschaftsspionage und vor allem die Beihilfe deutscher Behörden an der Überwachung von Inländern im Auftrag von ausländischen Diensten sind strikt abzulehnen und strafrechtlich zu verfolgen.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 27 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
2	Füge ein nach überprüft werden.	3. Wir wollen eine internationale Charta für Persönlichkeitsrechte aushandeln, die völkerrechtlich einheitliche Standards im Umgang mit persönlichen Daten und Bürgerrechten wie der Informationsfreiheit festlegen soll. So soll insbesondere auch die indirekte Überwachung von eigenen Bürgern (z.B. über Drittstaaten) oder das unbeschränkte Aushorchen von Ausländern weltweit verhindert werden. Denn das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis ist für uns ein Menschenrecht, das für jeden gleichermaßen gilt.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 36 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
3	Füge ein nach in der Europäischen Union an.	Vor allem auf europäischer Ebene darf es keine gegenseitige Spionage mehr geben: Deshalb wollen wir hier ein „No-Spy-Abkommen“ voranbringen.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 38 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
4	Füge ein nach geschaffen werden.	Mittelfristig streben wir den Aufbau eines eigenen Europäischen Nachrichtendienstes an.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 46 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
5	Füge ein nach haben.	5. Um unnötige Doppelstrukturen aufzubrechen, sind die Landesämter für Verfassungsschutz sowie der Militärische Abschirmdienst (MAD) in das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zu integrieren. Bis zu einer Abschaffung der Landesämter müssen die einzelnen	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Verfassungsschutzbehörden in stärkerem Austausch stehen, um ein Versagen wie im NSU-Fall zu verhindern. Das BFV wird in seiner Koordinierungsfunktion gestärkt. Auch die zuständigen Kontrollinstanzen sollen künftig über gemeinsame Aktionen besser informiert werden. Außerdem soll das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nicht als weiterer Geheimdienst missbraucht werden, sondern weiterhin rein der Abwehr dienen: Es soll daher künftig nicht mehr im Geschäftsbereich des Innenministeriums liegen.	
Zeile 70 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
6	Füge ein nach bestehenden.	9. Auch noch 50 Jahre nach den Notstandsgesetzen lehnen wir die damals vorgenommene Änderung in Artikel 10 Grundgesetz nach wie vor ab. Wir wollen, dass allen Bürgern der reguläre Rechtsweg offen steht, wenn sie von staatlichen Überwachungsmaßnahmen betroffen sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Artikel 10 Grundgesetz wieder in seine ursprüngliche Fassung zurückversetzt wird. Die bisherigen Aufgaben der G10-Kommission sollen damit künftig wieder auf ein ordentliches, nichtöffentlich tagendes Gericht übergehen, welches eine unabhängige rechtsstaatliche Kontrolle der Kommunikationsüberwachung und damit ein hohes Schutzniveau der Bürgerrechte sicherstellt.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 92 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
7	Füge ein nach austauschen können.	Alle Sitzungen von PKGr sollen protokolliert werden müssen. Diese Protokolle unterliegen einer Geheimhaltungspflicht.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 93 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
8	Füge ein nach 11.	Die Nachrichtendienste sollen dem PKGr künftig keine Akten mehr vorenthalten dürfen.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 121 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
9	Füge ein nach können.	13. Die Geheimdienste müssen im Austausch mit den Kontrollinstanzen der Wahrheitspflicht unterliegen; die Möglichkeit der Informationsverweigerung wird abgeschafft. Verstöße müssen mit dienst- oder strafrechtlichen Sanktionen geahndet werden. Dies soll auch für die Verletzung von Unterrichtungspflichten gelten. Informationen, die für die gewissenhafte Erfüllung seiner Kontrollaufgaben notwendig sind, sollen dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) auch unaufgefordert zugeleitet werden.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 138 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
10	Füge ein nach sein.	Anhand dieses Global-Berichts sollen außerdem grundsätzlich alle Überwachungsmaßnahmen regelmäßig und in einer Gesamtbetrachtung auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und im Zweifel wieder abgeschafft werden. Im Geheimdienstbericht soll auch die Anzahl der genehmigten, sowie abgelehnten Überwachungsmaßnahmen bzw. Mitteilungen anonym veröffentlicht werden.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 150 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
11	Füge ein nach wünschenswert.	Unter anderem setzen wir uns daher für die vollständige Abschaffung der Online-Durchsuchung bzw. Quellen-Telekommunikationsüberwachung, der Vorratsdatenspeicherung und der Strategischen Beschränkungen ein.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 158 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
12	Füge ein nach kann.	Diese sollen Missstände anschließend unmittelbar zur Anzeige bringen können.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 170 - Antragsteller: Phil Hackemann (LV Bayern) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen			
13	Füge ein nach sein.	19. Wir befürworten die Meldepflicht für systemrelevante Unternehmen und Behörden bei schweren IT-Attacken, um künftige Angriffe zu verhindern. Wer von Sicherheitslücken in Soft- oder Hardware Kenntnis erlangt, muss diese sofort dem BSI melden, welches unmittelbar auf die Schließung und Veröffentlichung dieser hinarbeitet. Das gilt auch für staatliche Stellen. Eine Beteiligung an oder Finanzierung der digitalen Grau- und Schwarzmärkte (z.B. durch den Einkauf von „Zero Day Exploits“) gehört verboten.	Abstimmung ohne Beratung

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A316 "Für das Recht auf Information — § 219a StGB ersatzlos streichen"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 1 bis 2 - Antragsteller: Jan Marcus Rossa (LV Schleswig-Holstein) und Christopher Vogt (LV Schleswig-Holstein)			
1	Ersetzung von "Wir Freie Demokraten sprechen" ... bis "219a Strafgesetzbuch aus."	Hinter Absatz 1 des § 219a StGB wird ein Absatz 1a angefügt: (1a) Abs. 1 gilt nicht, wenn Ärzte sachgerecht, angemessen und berufsbezogen über eigene Dienste zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sowie über Mittel, Gegenstände und Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, öffentlich Informationen bereitstellen.	Abstimmung mit Beratung

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A317 "Information über Abtreibung ist nicht kriminell"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 1 bis 5 - Antragsteller: Jan Marcus Rossa (LV Schleswig-Holstein) und Christopher Vogt (LV Schleswig-Holstein)			
1	Ersetzung von "Wir Freie Demokraten sind" ... bis "Ärzttekammer unterliegen."	Hinter Absatz 1 des § 219a StGB wird ein Absatz 1a angefügt: (1a) Abs. 1 gilt nicht, wenn Ärzte sachgerecht, angemessen und berufsbezogen über eigene Dienste zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sowie über Mittel, Gegenstände und Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, öffentlich Informationen bereitstellen.	Abstimmung mit Beratung

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A321 "Eltern in der Elternzeit besser und fairer unterstützen"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 28 bis 28 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
1	Ersetzung bisher zwei auf drei Monate	bisher mindestens zwei auf mindestens drei Monate	zur Übernahme empfohlen

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A401 "Recht wahren, Werte verteidigen, Dialog führen – zehn Vorschläge für die Zusammenarbeit mit Russland"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 51 bis 58 - Antragsteller: Wolfgang Kubicki (LV Schleswig-Holstein) und Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen			
1	Ersetzung von "Wir stehen zu den gegen" ... bis "Innenpolitik darf es nicht geben."	Wir Freie Demokraten konstatieren, dass nicht nur die russische, sondern auch die ukrainische Regierung Vorgaben des Minsker Friedensprozesses nicht umgesetzt hat. Wir stellen außerdem fest, dass die gegenüber der Russischen Föderation verhängten Sanktionen keine erkennbaren Fortschritte in Richtung der gewünschten deeskalierenden und friedensstiftenden Wirkung gebracht haben. Im Sinne einer lösungsorientierten Außenpolitik ist es angezeigt und im Sinne des Außenwirtschaftsgesetzes gesetzlich geboten, die bisherigen Maßnahmen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Im Rahmen dieser Überprüfung dürfen wir vernünftigerweise nicht ausschließen, den Friedensprozess durch ein dosiertes Entgegenkommen unsererseits wieder zu dynamisieren.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 93 - Antragsteller: Marina Schuster (LV Bayern)			
2	Füge ein nach endgültig aufgeklärt.	Mit großer Sorge sehen wir, dass die russische Regierung seit Mitte 2017 seine verpflichtenden Beitragszahlungen an den Europarat verweigert. Gerade der Europarat, mit seinen 47 Mitgliedsstaaten und den für die Zivilgesellschaft besonders wichtigen Organen wie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, darf nicht geschwächt werden. Schon aus eigenem Interesse muss Russland daher seine Zahlungen zügig leisten und wieder eine Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates benennen, um zu vermeiden, dass andere Staaten dies als Versuch der politischen Erpressung deuten könnten.	zur Übernahme empfohlen
Zeile 146 - Antragsteller: Wolfgang Kubicki (LV Schleswig-Holstein) und Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen			
3	Füge ein nach liegen.	Wir anerkennen jedoch auch, dass die bisherige Politik der Nato-Osterweiterung von der russischen Regierung kritisch gesehen wurde und als Beeinträchtigung des eigenen Sicherheitsbedürfnisses gedeutet werden konnte.	Abstimmung mit Beratung

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A405 "Deutsch-französische Zusammenarbeit vertiefen – die Europäische Union ordnungs- und außenpolitisch stärken"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<p>Zeile 131 bis 133 - Antragsteller: Christian Dürr (LV Niedersachsen), Otto Fricke (LV Nordrhein-Westfalen), Markus Herbrand (LV Nordrhein-Westfalen), Katja Hessel (LV Bayern), Ulla Ihnen (LV Niedersachsen), Karsten Klein (LV Bayern), Christoph Meyer (LV Berlin), Stefan Ruppert (LV Hessen), Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen), Bettina Stark-Watzinger (LV Hessen), Florian Toncar (LV Baden-Württemberg), Andreas Weik (LV Baden-Württemberg)</p>			
1	Ersetzung von "Wir erkennen an, dass" ... bis "stärken und zu überwachen."	Der ESM wird abgeschafft und in einen politisch unabhängigen Europäischen Währungsfonds (EWF) überführt. Das zentrale Kriterium für das Auflegen von Stabilisierungsprogrammen muss der Krisenfall für die gesamte Währungsunion sein, nicht die Schieflage einzelner Mitgliedstaaten. Primäres Ziel des EWF aber werden insbesondere die Stärkung der finanziellen Eigenverantwortung und die Überwachung der Fiskaldisziplin in den Mitgliedstaaten sein.	Übernommen in geänderter Form:"Wir wollen den ESM in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) überführen. Das zentrale Kriterium für das Auflegen von Stabilisierungsprogrammen muss der Krisenfall für die gesamte Währungsunion sein, nicht die Schieflage einzelner Mitgliedstaaten. Primäres Ziel des EWF aber werden insbesondere die Stärkung der finanziellen Eigenverantwortung und die Überwachung der Fiskaldisziplin in den Mitgliedstaaten sein."
<p>Zeile 135 - Antragsteller: Christian Dürr (LV Niedersachsen), Otto Fricke (LV Nordrhein-Westfalen), Markus Herbrand (LV Nordrhein-Westfalen), Katja Hessel (LV Bayern), Ulla Ihnen (LV Niedersachsen), Karsten Klein (LV Bayern), Christoph Meyer (LV Berlin), Stefan Ruppert (LV Hessen), Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen), Bettina Stark-Watzinger (LV Hessen), Florian Toncar (LV Baden-Württemberg), Andreas Weik (LV Baden-Württemberg)</p>			
2	Füge ein nach zwischen "die" und "nationalen Haushalte"	"... Finanzmärkte und die automatischen Stabilisatoren der..."	Zurückgezogen
<p>Zeile 137 - Antragsteller: Christian Dürr (LV Niedersachsen), Otto Fricke (LV Nordrhein-Westfalen), Markus Herbrand (LV Nordrhein-Westfalen), Katja Hessel (LV Bayern), Ulla Ihnen (LV Niedersachsen), Karsten Klein (LV Bayern), Christoph Meyer (LV Berlin), Stefan Ruppert (LV Hessen), Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen), Bettina Stark-Watzinger (LV Hessen), Florian Toncar (LV Baden-Württemberg), Andreas Weik (LV Baden-Württemberg)</p>			
3	Füge ein nach nach "... gewähren können."	"... , wenn dies zur Wahrung der Finanzstabilität der Eurozone insgesamt unabdingbar ist."	Übernommen
<p>Zeile 139 bis 141 - Antragsteller: Christian Dürr (LV Niedersachsen), Otto Fricke (LV Nordrhein-Westfalen), Markus Herbrand (LV Nordrhein-Westfalen), Katja Hessel (LV Bayern), Ulla Ihnen (LV Niedersachsen), Karsten Klein (LV Bayern), Christoph Meyer (LV Berlin), Stefan Ruppert (LV</p>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Hessen), Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen), Bettina Stark-Watzinger (LV Hessen), Florian Toncar (LV Baden-Württemberg), Andreas Weik (LV Baden-Württemberg)			
4	Ersetzung von "Durch die Verknüpfung" ... bis "Internationalen Währungsfonds."	<p>Der EWF muss über die folgenden sechs kritischen Erfolgsfaktoren verfügen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Er muss auf einer soliden und rechtlich einwandfreien Rechtsgrundlage basieren. Eine solche bieten die europäischen Verträge nicht. Daher kann er nicht im EU-Recht begründet, sondern sollte wie der ESM durch völkerrechtlichen Vertrag eingeführt werden. 2. Beschlüsse über neue Hilfsprogramme dürfen nur mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten gefasst werden, denn sie sind es, die das Geld bereitstellen. 3. Darüber hinaus sollte der EWF als eine von der Kommission unabhängige Überwachungsinstitution für die Einhaltung der europäischen Fiskalregeln – sowohl für den Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch für den Fiskalpakt – zuständig sein. 4. Die Verschuldungsregeln müssen in diesem Zuge vereinfacht werden, damit auch die Öffentlichkeit die Regeleinhaltung wieder besser nachvollziehen kann. 5. Für den Fall der Regelüberschreitung braucht der EWF effektive und glaubwürdige Sanktionsmöglichkeiten. In erster Linie sollte die finanzpolitische Vernunft jedoch durch die Marktakteure gesichert werden, die übermäßige Verschuldung durch Risikoauflage bei Staatsanleihen sanktionieren. 6. Damit dies funktionieren kann, brauchen wir eine Insolvenzordnung für Staaten, so dass die Nichtbeistandsklausel der europäischen Verträge glaubwürdig wird. Nur wenn die privaten Investoren im Falle einer Überschuldung eines Staates Verluste realisieren müssen, kommt es zu risikoadäquaten Zinsen für Staatsanleihen. Dies setzt die richtigen Anreize und sorgt 	<p>Übernommen in geänderter Form:"Der EWF muss auf einer soliden und rechtlich einwandfreien Rechtsgrundlage basieren. Eine solche bieten die europäischen Verträge nicht. Daher kann er nicht im EU-Recht begründet, sondern sollte durch völkerrechtlichen Vertrag eingeführt werden. Beschlüsse über neue Hilfsprogramme dürfen nur mit Zustimmung aller EWF-Mitgliedstaaten gefasst werden, denn sie sind es, die das Geld bereitstellen. Darüber hinaus sollte der EWF als eine von der Kommission unabhängige Überwachungsinstitution für die Einhaltung der europäischen Fiskalregeln – sowohl für den Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch für den Fiskalpakt – zuständig sein. Wir brauchen darüber hinaus eine Insolvenzordnung für Staaten, so dass die Nichtbeistandsklausel der europäischen Verträge glaubwürdig wird."</p>

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		für langfristig stabile Staatsfinanzen in Europa.	
Zeile 149 bis 152 - Antragsteller: Christian Dürr (LV Niedersachsen), Otto Fricke (LV Nordrhein-Westfalen), Markus Herbrand (LV Nordrhein-Westfalen), Katja Hessel (LV Bayern), Ulla Ihnen (LV Niedersachsen), Karsten Klein (LV Bayern), Christoph Meyer (LV Berlin), Stefan Ruppert (LV Hessen), Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen), Bettina Stark-Watzinger (LV Hessen), Florian Toncar (LV Baden-Württemberg), Andreas Weik (LV Baden-Württemberg)			
5	Streichung von "Außerdem setzen wir uns" ... bis "vergemeinschaftet werden dürfen."		Zurückgezogen

69. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 12. - 13. Mai 2018

Antrag Nr. A501 "Marktwirtschaftlich, technologieoffen und international – Leitlinien einer liberalen Klimapolitik"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 14 bis 15 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
1	Ersetzung von "ist es richtig, vom menschengemachten" ... bis "Klimawandel zu sprechen."	ist es richtig, die Freisetzung dieser Gase so weit wie möglich zu reduzieren.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 17 bis 17 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin)			
2	Streichung besser 1,5 Grad		Abstimmung mit Beratung
Zeile 52 bis 52 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin)			
3	Ersetzung Klimafolgenprävention,	Klimafolgenbewältigung	zur Übernahme empfohlen als Einfügung statt Ersetzung
Zeile 61 bis 62 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin)			
4	Ersetzung jedes Liters	der verkauften fossilen Energieträger	zur Übernahme empfohlen
Zeile 61 bis 61 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin)			
5	Streichung , beispielsweise eine Öl-Raffinerie,		Abstimmung ohne Beratung
Zeile 106 bis 106 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin)			
6	Streichung ein Stück weit		Abstimmung ohne Beratung
Zeile 128 bis 128 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin)			
7	Ersetzung Energie	anderer Energieträger	zur Übernahme empfohlen
Zeile 129 bis 129 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin)			
8	Ersetzung Strommixes	Energiesystems	zur Übernahme empfohlen
Zeile 144 bis 148 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin)			
9	Streichung von "In großem Stil anwendbare" ... bis "deutlich zu reduzieren."		Abstimmung mit Beratung